Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

09.02.2014 Nr. 42

Inhalt:

Schwangerschaftsabbrüche S. 01
Arbeitsmarktpolitik S. 01
Kahlschlag bei Postfilialen S. 02
Klausurtagung der SPD-Kreistagsfraktion S. 03
Für eine bessere Zugverbindung S. 04

April 1998

HILFEN FÜR FAMILIEN STATT STRAFVERSCHÄRFUNG BEIM § 218

Es sah so aus, als hätten einige Politikerinnen und Politiker der CDU/CSU immer noch nicht verstanden, dass die nach langen Verhandlungen gefundenen Regelungen zum § 218 in einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens entwickelt wurden. Es war unglaublich, dass immer wieder Stimmen aus der Union laut wurden, die eine Verschärfung der bestehenden Gesetzeslage forderten.

Aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ging hervor, dass die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche stagnierte. Aber seit der Reform des § 218 im Jahre 1996 gab es in Deutschland eine bessere Meldepflicht, die eine Vergleichbarkeit mit Zahlen aus früheren Jahren erschwerte.

Wenn die Auswirkungen dieser Reform überprüft werden sollten, dann könnte es nicht um eine Verschärfung der Strafgesetze gehen, auch nicht um die Bestellung von Lebensschutzbeauftragten, sondern nur um die Frage, ob der Staat und die Gesellschaft genügend Hilfen für Familien und Frauen anböten.

Die SPD im Emsland forderte die CDU auf in diesem Sinn auf die von ihnen unterstützte Bundesregierung einzuwirken, eine familien- und frauenfreundlichere Politik zu machen.

SPD WIRD AUF DEM ARBEITSMARKT WIEDER ORDNUNG SCHAFFEN

Die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit war eine der wichtigsten Aufgabe in dieser Zeit. Die Kohlregierung versagte vor dieser Herausforderung. Im Frühjahr 1998 erreichte die Arbeitslosigkeit einen neuen dramatischen Stand. Nach Auffassung der SPD im Emsland war es besser Arbeit als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Die Arbeitslosigkeit verursachte allein 1997 gesellschaftliche Kosten von etwa 180 Milliarden Mark. Diese gewaltige Summe könnte viel sinnvoller zur Finanzierung von Qualifizierung und Arbeitsplätzen verwendet werden. Das würde nicht nur den Betroffenen helfen, es verringerte auch die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und brächte Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen.

Die SPD sprach sich auf ihrer letzten Vorstandssitzung dafür aus, statt hauptsächlich nur die Arbeitslosigkeit zu bezahlen, dieses Geld lieber direkt in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investiert. Sie forderte eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Eine weitere Forderung der SPD im Emsland war, dass Betriebe, die Arbeitslose einstellten, Lohnkostenzuschüsse und Einarbeitungshilfen erhalten. Darüber hinaus sollten neue Beschäftigungsmodelle für mehr Arbeit durch Zuschüsse unterstützt werden.

Um Langzeitarbeitslosigkeit von gering Qualifizierten ab zu bauen, würden wieder mehr einfache Arbeitsplätze gebraucht. Deshalb forderte die SPD, das bisher mit der Finanzierung der Arbeitslosigkeit eingesetzte Geld dafür zu verwenden, Arbeitsplätze bei den Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten.

Die SPD würde auf dem Arbeitsmarkt wieder Ordnung schaffen, wenn sie die Bundesregierung stellen könnte.

Unter der Regierung Kohl herrschte Wildwuchs auf dem Arbeitsmarkt: Sozialdumping, Lohndumping, illegale Beschäftigung und systematische Schwarzarbeit untergruben die sozialen Sicherungssysteme und höhlten die Tarifordnung aus. Das bedrohte die Existenz legal handelnder Unternehmen und gefährdete bestehende Arbeitsplätze.

Eine SPD-geführte Bundesregierung würde das Chaos auf dem Arbeitsmarkt beenden. Sie würde unversicherte 620-Mark-Jobs und die Scheinselbständigkeit bremsen. Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit würden wirksamer als bisher bekämpft werden.

„Mittel für Modelle zur Beschäftigung“

SPD fordert aktive Arbeitsmarktpolitik

Emsland Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher des SPD-Kreisverbandes Emsland, hat die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit als „die wichtigste Aufgabe unserer Zeit“ bezeichnet. Nach Auffassung der SPD im Emsland sei es besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit verursachte allein 1997 gesellschaftliche Kosten von etwa 180 Milliarden Mark. Diese gewaltige Summe könnte viel sinnvoller zur Finanzierung von Qualifizierung und Arbeitsplätzen verwendet werden. Das hilft nicht nur den Betroffenen, es verringert auch die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und bringt Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen.

Die SPD sprach sich auf ihrer letzten Vorstandssitzung dafür aus, statt hauptsächlich nur die Arbeitslosigkeit zu bezahlen, solle dieses Geld besser direkt in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investiert werden. Die SPD fordert eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Eine weitere Forderung der Sozialdemokraten im Emsland ist, daß Betriebe, die Arbeitslose einstellen, Lohnkostenzuschüsse und Einarbeitungshilfen erhalten. Darüber hinaus sollen neue Beschäftigungsmodelle für mehr Arbeit durch Zuschüsse unterstützt werden. Um Langzeitarbeitslosigkeit von gering Qualifizierten abzubauen, werden nach Auffassung von Peter Raske wieder mehr einfache Arbeitsplätze gebraucht. Deshalb fordert die SPD, das bisher mit der Finanzierung der Arbeitslosigkeit eingesetzte Geld dafür zu verwenden, diese Arbeitsplätze bei den Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten.

Ems-Zeitung 21.04.1988

Bundesregierung sieht Kahlschlag von Postfilialen tatenlos zu

Hochwertige Postdienstleistungen flächendeckend sichern

EMSLAND. Zu einem weiteren erwartetem Abbau von Postfilialen erklärt der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, Peter Raske: „Die Bundesregierung hat durch ihre Schlafmützigkeit einen rechtsfreien Raum zu verantworten, den die Post nun zum Kahlschlag bei den Postfilialen nutzen will. Denn die frühere Postkundenschutzverordnung verlor am 31. Dezember 1997 ihre Gültigkeit, die Nachfolgeregelung hat die Bundesregierung bis heute nicht einmal im Entwurf vorgelegt.

Nach Ausführungen von Peter Raske habe die SPD mit einem eigenen Antrag „Hochwertige Postdienstleistungen flächendeckend sichern“ gefordert, ein flächendeckendes Filialnetz im Interesse der Postkunden gesetzlich zu sichern. Die SPD wollte eine Mindestzahl von 12 000 Postfilialen verbindlich vorschreiben. Zu einem qualitativ hochwertigen Angebot gehört für die SPD dabei ein Rückgrat von mindestens 5000 Filialen, die von der Deutschen Post AG selbst betrieben werden.

Peter Raske ist der Auffassung, daß eine solche Verpflichtung der Post nicht nur notwendig, sondern angesichts der Sonderrechte des Unternehmens auch gerechtfertigt ist. Die SPD habe den reservierten Bereich der Deutschen Post AG durchgesetzt, um aus den Einnahmen die flächendeckende Versorgung zu sichern. Wenn die Deutsche Post AG stattdessen Monopolerträge nutzt, um in Wettbewerbsbereichen zu expandieren, stellt sie selbst den reservierten Bereich in Frage.

Nach Auffassung von Peter Raske hat die Untätigkeit des Bundeswirtschaftsministers Methode. Die Bundesregierung verfolgt einseitig das Ziel, die Post börsenreif zu machen. Es geht nicht an, daß Arbeitnehmer und Postkunden dafür mit Filialschließungen und Personalabbau die Zeche bezahlen müssen. Gerade das Emsland an Landkreis mit einer großen Fläche hat darunter zu leiden, wie zum Beispiel die Verluste der Postagenturen in Rhede und Aschendorf beweisen.

Für Peter Raske müßte der schrittweise einsetzende Wettbewerb im Postsektor vielmehr dazu dienen, neue Angebote zu kreieren und den Service zu verbessern.

Peter Raske fordert, die Regierungskoalition müsse nun handeln, statt wortreich die Folgen der eigenen Untätigkeit zu beklagen.

Der Wecker 26.04.1998

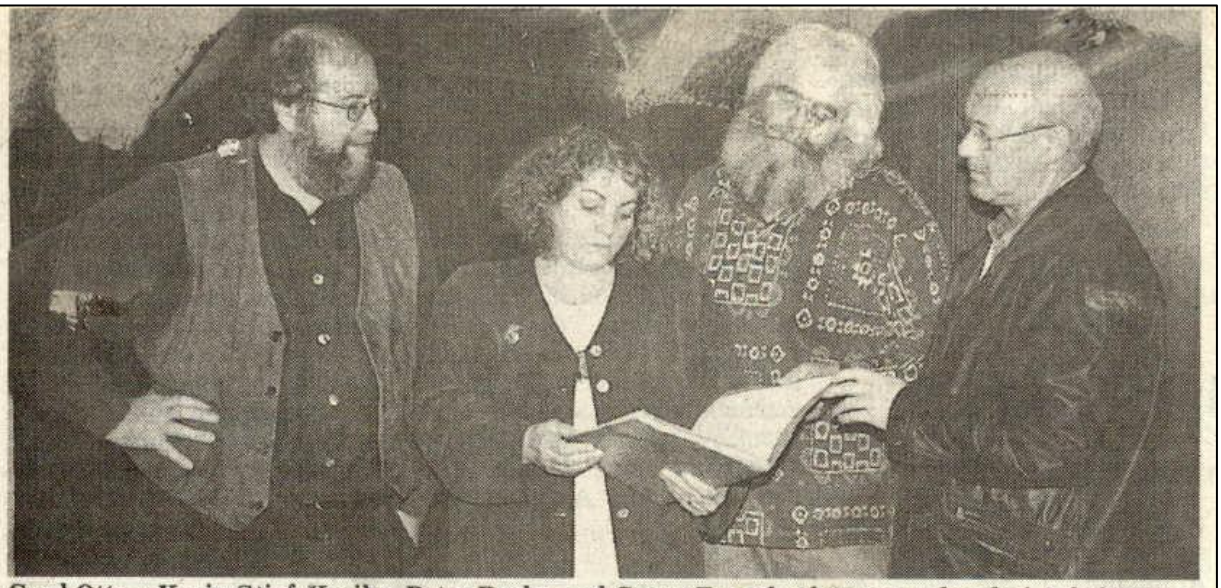
BUNDESREGIERUNG SIEHT DEM KAHLSCHLAG VON POST-FILIALEN TATENLOS ZU

Die Bundesregierung hatte durch ihre Schlafmützigkeit einen rechtsfreien Raum zu verantworten, den die Post zum Kahlschlag bei den Postfilialen nutzen wollte. Die frühere Postkundenschutzverordnung verlor am 31. Dezember 1997 ihre Gültigkeit. Für eine Nachfolgeregelung hatte die Regierung nicht einmal einen Entwurf vorgelegt. Die SPD forderte mit einem eigenen Antrag hochwertige Postdienstleistungen flächendeckend zu sichern und damit ein flächendeckendes Filialnetz im Interesse der Postkunden gesetzlich zu sichern. Die SPD wollte eine Mindestzahl von 12.000 Postfilialen verbindlich vorschreiben. Zu einem qualitativ hochwertigen Angebot gehörte für die SPD dabei ein Rückgrat von mindestens 5.000 Filialen, die von der Deutschen Post AG selbst betrieben werden sollten.

Eine solche Verpflichtung der Post war nicht nur notwendig sondern angesichts der Sonderrechte des Unternehmens auch gerechtfertigt. Die SPD hatte den reservierten Bereich der Deutschen Post AG durchgesetzt, um aus den Einnahmen die flächendeckende Versorgung zu sichern. Wenn die Deutsche Post AG statt dessen Monopolerträge nutzte, um in Wettbewerbsbereichen zu expandieren, stellte sie selbst den reservierten Bereich in Frage.

Die Untätigkeit des Bundeswirtschaftsministers hatte Methode. Die Bundesregierung verfolgte einseitig das Ziel, die Post börsenreif zu machen. Es ging nicht an, dass Arbeitnehmer und Postkunden dafür mit Filialschließungen und Personalabbau die Zeche bezahlen mussten. Gerade das Emsland als Landkreis mit einer großen Fläche hatte darunter zu leiden, wie zum Beispiel die Verluste der Postagenturen in Rhede und Aschendorf bewiesen. Der schrittweise einsetzende Wettbewerb im Postsektor müsste eigentlich dazu dienen, neue Angebote zu kreieren und den Service zu verbessern.

Peter Raske forderte, die Regierungskoalition müsste nun handeln, statt wortreich die Folgen der eigenen Untätigkeit zu beklagen.



Gerd Otten, Karin Stief-Kreihe, Peter Raske und Georg Tranel gehörten zu den drei Arbeitsgruppen einer SPD-Klausurtagung, die bis gestern zum späten Nachmittag in Papenburg stattfand. Agrar- und Tourismuspolitik waren nur einige der Themen. Foto: Eden

Sozialdemokraten fordern erhebliche Nachbesserungen

SPD-Kreistagsfraktion ging in Klausur / Präventionsrat auf Kreisebene

PAPENBURG. Die Massentierhaltung und der Tourismus sind zwei Interessenlagen, die im Emsland in geballter Form aufeinanderstoßen. Jetzt will die Kreistagsfraktion der SPD bundespolitisches Parkett besteigen, um dem Maststallboom entgegenzutreten. Ein Kalkühl, daß jedoch nur mit einer Änderung der Mehrheiten in Bonn aufgehen wird. Um sich inhaltlich für die weitere politische Arbeit zu rüsten, trafen sich die Genossen gestern zu einer Klausurtagung im „Comfort-Hotel der Stadt Papenburg".

„Uns geht es nicht darum, die Landwirtschaft in irgendeiner Form zu schaden. Es liegt vielmehr in unserem Interesse, die Inhalte von Landwirtschaft und Tourismus miteinander zu verknüpfen" betonte Gerd Otten vom SPD-Kreisvorstand. Doch zunächst sollen zur nächsten Kreistagssitzung die Zahlen auf den Tisch.

Die europäische Union will die Haltungsbedingungen für die Nutztiere verbessern. So wird die Käfighaltung nach Auskunft der SPD voraussichtlich abgeschafft. In Sachen Tourismus fordern die Sozis eine Vernetzung aller an der „weißen Wirtschaft" beteiligten Institutionen. Sowohl der Kreis, als auch die Gemeinden, kulturellen Vereine, Verbände und Zimmervermieter sollten ein gemeinsames Konzept für den Pauschaltourismus erarbeiten. Ein von den Sozialdemokraten in Auftrag gegebenes Gutachten fordert bis zum Jahr 2001 erhebliche Nachbesserungen des Tourismuskonzeptes.

„Gerade die Familien mit Kindern wollen kalkulieren können, was der Urlaub genau kostet" so Peter Raske. Die Angebote müßten vom Fahrradverleih über die Gepäckbeförderung bis zum Museumsticket reichen. „Wir haben zwar tolle Sportplätze, doch die Touristen können diese oft nicht nutzen". Mit einer parteiübergreifenden Unterschriftenaktion soll die Deutsche Bundesbahn aufgefordert werden, den ab 15. Mai geltenden neuen Fahrplan kundenfreundlicher zu gestalten.

Vor allem im Kreuzungsbereich Leer, wo die Züge in Richtung Emsland, sowie Richtung Oldenburg und Bremen zusammenlaufen, müßten die Bahnkunden nicht zu vertretende Wartezeiten hinnehmen. Die Sozialdemokraten vermuten dahinter Methode, um die hinsichtlich der Einnahmen unattraktiven Regionalstrekken den Kommunen aufs Auge drücken zu können. Die Innere Sicherheit war das Thema, daß sich Georg Tranel annahm. Er fordert eine Delegiertenversammlung der Präventionsräte der einzelnen Kommunen auf Kreisebene, um Erfahrungen auszutauschen.

Ein entsprechender Antrag soll während der nächsten Kreistagssitzung gestellt werden. -je

Der Wecker 26.04.1998

FÜR EINE BESSERE ZUGVERBINDUNG

Der neue Fahrplan der Deutschen Bahn AG brachte erhebliche Verschlechterungen für die Verbindungen auf dem Bahnhof Leer mit sich. Wer z.B. künftig von Papenburg in Richtung Oldenburg/Bremen weiter reisen wollte, musste mit einer Wartezeit von einer Stunde rechnen.

Deshalb startete die SPD in Papenburg eine Unterschriftenaktion, mit der sie forderte:

„Die Interregio-Angebote auf den Strecken Emden-Leer-Münster und Leer-Oldenburg/Bremen müssen erhalten bleiben!

Die Deutsche Bahn AG muss zukünftig den Fahrplan wieder so gestalten, dass beim Umsteigen in Leer keine langen Wartezeiten entstehen!“

Unterschriftensammlung gegen Bahnfahrplan

SPD-Kreistagsfraktion: Ganze Region wird benachteiligt - „Stundenlange Wartezeiten“

Papenburg (ys) Als „absolut nicht hinnehmbar“ hat die SPD-Kreistagsfraktion den neuen Fahrplan der Bahn für Interregio-Züge bezeichnet, nach dem ab 24. Mai Reisende aus dem Emsland keine direkten Anschlußzüge Richtung Oldenburg und Bremen auf dem Leeraner Bahnhof erhalten. Nach einer Klausurtagung der Fraktion in Papenburg sagte Kreistagsmitglied Peter Raske am Samstag, die SPD werde nichts unversucht lassen, um zu verhindern, daß die Fahrgäste in Leer stundenlange Wartezeiten in Kauf nehmen müßten.

Die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe kündigte Aktionen zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Bahnpläne an. Durch eine Unterschriftensammlung könne den Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG klargemacht werden, daß hier nicht nur „ein paar Beamte und Politiker herummosern“, sondern die Leute sich eine solche Benachteiligung einer ganzen Region nicht gefallen ließen.

Scharf kritisierte Stief-Kreihe erneut die Arbeit der Projektgruppe für den Ausbau der A 31. Im Kreistag sei ihre wiederholt aufgestellte Forderung nach einer schriftlichen Bestätigung für die vom Bund zugesagten 61 Millionen DM als „Bedenkenträgerei“ abgetan worden, die Zeche für die Gutgläubigkeit des Kreises müßten nun die Betriebe zahlen, die sich mit der Aussicht auf eine baldige Anbindung an die A 31 in den vielen neu ausgewiesenen Gewerbegebieten entlang der Trasse angesiedelt hätten.

Scharfe Kritik an Projektgruppe für Ausbau der A 33

Weitere Themen der Tagung waren die Entwicklung des ländlichen Raumes, der Tourismus und die innere Sicherheit. Gerd Otten betonte die Notwendigkeit, im Kreistag intensiv über Massentierhaltung (Stichwort: Hähnchenmast) und Gülletourismus zu beraten. Dazu müßten zunächst verläßliche Daten über den tatsächlichen Tierbestand und die Auswirkungen auf Umwelt und Menschen gesammelt werden.

Im Bereich Tourismus fordert die SPD eine stärkere Vernetzung und Koordinierung der Angebote von Papenburg bis Salzbergen. Ziel ist nach den Worten von Frau Stief-Kreihe Urlaub im Emsland zum Pauschalpreis. So könne in der Miete für ein Ferienhaus zum Beispiel der Eintritt für diverse Museen, Schwimmbäder und Ähnliches enthalten sein. Das mache den Urlaub für die Gäste auch finanziell besser planbar.

Bei den Beratungen zur Jugendkriminalität ist die Fraktion nach Angaben von Willi Jansen zu dem Ergebnis gekommen, daß auch auf Kreisebene ein Präventivrat mit Vertretern von Polizei, Justiz, Vereinen und anderen in der Jugendarbeit tätigen Organisationen eingerichtet werde müßte. Nach den ersten guten Erfahrungen in einzelnen Gemeinden und Städten wie Papenburg und Lingen sei es sinnvoll, die Erkenntnisse zentral zu sammeln und Maßnahmen zu koordinieren. So könne etwa darüber nachgedacht werden, unübersichtliche Plätze künftig besser auszuleuchten oder sogar mit Kameras zu überwachen, wie dies im Ausland schon geschehe.

Ems-Zeitung 27.04.1998